

Partizipation von Kindern und Jugendlichen – Ein Beitrag zur Nachhaltigkeit!?

Der Vortrag am Vormittag hat deutlich gemacht, dass der Begriff „Nachhaltigkeit“ fachliche Implikationen hat, die ihn von dem allgemeinen Sprachgebrauch dieses Wortes unterscheiden. Auf dem Hintergrund der Agenda 21 geht es um die Berücksichtigung globaler Zusammenhänge, um Generationengerechtigkeit und das Zusammenspiel wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Faktoren zu einer sozial gerechten und ökologischen Entwicklung. „Nachhaltigkeit“ kennzeichnet Entwicklungen, die diese Aspekte berücksichtigen.

Die Partizipation von Kindern und Jugendlichen nimmt in der Agenda 21 eine herausragende Stellung ein, wie die Abschlussreferentin ausführlich deutlich machen wird. Ihre These ist, dass eine Partizipation von Kindern und Jugendlichen im Sinne der Agenda über die heutigen Standards der Beteiligung hinausgeht. Während die durch KJHG und UN-Kinderrechtskonvention fundierte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen immer noch sehr starke pädagogische Implikationen hat, weil Erwachsene definieren, welche Inhalte Kinder und Jugendliche betreffen und wie Altersunterschiede angemessen berücksichtigt werden, zielt die Agenda 21 auf eine umfassende politische Beteiligung aller Kinder und Jugendlichen im Hinblick auf alle Zukunftsfragen ab, weil nur sie stellvertretend für die zukünftigen Generationen Entscheidungen mit großer Reichweite verantworten können.

In diesem Horizont bewegt sich mein Vortrag, der versucht, auf der theoretischen Ebene Antwort auf die Frage zu geben, ob und wie die Partizipation von Kindern und Jugendlichen ein Beitrag zur Nachhaltigkeit ist, und auf der praktischen Ebene Erfahrungen zu skizzieren, die Ansatzpunkte für Nachhaltigkeit bieten.

Fragestellung

Vor diesem Hintergrund leiten zwei Fragestellungen meinen Vortrag:

1. Wie kommen wir zu einer Nachhaltigkeit der „Partizipation von Kindern und Jugendlichen“? Denn bis heute gibt es kaum gesellschaftlich durchgreifende und dauerhafte Ansätze der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen. Vielmehr sind die meisten praktischen Beispiele temporär, sind als Modellprojekte zeitlich befristet, hängen von der politischen Modernität oder vom Engagement konkreter Personen ab.
2. Welche Ansatzpunkte für Nachhaltigkeit im Sinne des Eröffnungsvortrages lassen sich

bei der „Partizipation von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen“ entdecken? Mein besonderes Interesse galt in den letzten Jahren der Verbesserung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in benachteiligten Stadtteilen; durch meine Arbeit als Stadtteilkoordinator¹ in einem E&C-Gebiet in Verbindung mit meiner Rolle als Kinderbeauftragter richtete sich mein Augenmerk auf die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, die sich nicht automatisch daraus ergab, dass über der Hammer Stadtteilarbeit die Überschrift „sozial- und bewohnerorientiert“ stand. Der Vortrag bietet einen willkommenen Anlass, in den Erfahrungen nach „Nachhaltigkeits-Spuren“ zu suchen.

Vorbemerkungen

- Partizipation von Kindern und Jugendlichen ist überwiegend eine temporäre Angelegenheit. Es gibt weder einen hinreichend konkreten Rechtsrahmen² noch dauerhaft tragfähige Strukturen bei Trägern und in Kommunen (vgl. DJI 1999, Bartscher 1998).
- Selbst Ansätze mit dem Anspruch der Nachhaltigkeit unterliegen den gleichen Rahmenbedingungen und sind damit nicht nachhaltig. In Hamm gab es eine intensive Phase der Auseinandersetzung mit der Agenda 21; gerade der Kinder- und Jugendbereich, organisiert in einer speziellen Untergruppe des Arbeitskreises Agenda 21, legte den Schwerpunkt auf die Umsetzung der Partizipationsforderungen. Auf dem Höhepunkt der Entwicklung trafen sich 150 Fachkräfte zu einer Fachtagung und diskutierten über Konsequenzen, wie die Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu verbessern sei. Zwei Jahre später ist das Thema von der Tagesordnung verschwunden, von der Qualitätsdebatte in den Kindertageseinrichtungen und der Jugendarbeit und dem Pisa-Drama in den Schulen verdrängt. Auffällig ist, dass über Qualität und Schulentwicklung nun wieder ohne Einbeziehung der Betroffenen geredet wird.
- Diese Phänomene beziehen sich nicht nur auf die Partizipation von Kindern und Jugendlichen, sondern auf die Demokratisierungsphänomene insgesamt.

Grundsätzliches

Ich baue hier auf Überlegungen auf, die ich an anderer Stelle (Bartscher 1998, 2000, 2001) ausführlich veröffentlicht habe und hier nur thesenartig zusammenfasse:

1. Grundsätzlich gibt es in der politischen Partizipation zwei Perspektiven: einerseits die individuelle, subjektive Perspektive von Einzelnen oder Gruppen, andererseits die staatliche Perspektive, in der Entschei-

1) bundesweit hat sich eher der Begriff des Quartiersmanagers durchgesetzt.

2) Hier ist sicher zu unterscheiden zwischen der generellen Kinderrechtssituation, die nicht mehr so beklagenswert ist wie vor 15, 20 oder 30 Jahren, und konkreten Ausführungsbestimmungen für die Umsetzung des generellen Rechtsanspruchs auf Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (vgl. Bartscher/Kriener 2001)

dungsträger gesetzliche Beteiligungsräume organisieren oder neue Beteiligungsräume schaffen. Diese Perspektiven stehen einander oft unvermittelt, manchmal auch unvermittelbar gegenüber.

2. Ein vernachlässigtes Thema ist das der politischen Verantwortung in der politischen Partizipation. Während über die Verantwortung des Staates und von Politikern gern und oft geredet wird, mehr Handlungsspielräume zu eröffnen, Beteiligung ernst zu nehmen und Ressourcen für Partizipation zu schaffen, steht der Aspekt der individuellen Verantwortung jedes Mitgliedes einer politischen Gemeinschaft – dass ein Gemeinwesen nur funktionieren kann, wenn sich politisch Handelnde nicht nur auf die Durchsetzung egoistischer Interessen beschränken, sondern Gemeinwohlaspekte respektieren und mitbedenken – meist weniger im Vordergrund der Diskussion.
3. Demokratie funktioniert heute leider nicht mehr idealerweise so, dass diejenigen, die politische Entscheidungen treffen, von den Folgen der Entscheidung betroffen sind, während die jeweils Betroffenen praktisch keinen Einfluss auf die Entscheidungen haben (vgl. hierzu auch Meyer 1994: 29ff.). Aufgrund des Repräsentationsprinzips unserer parlamentarischen Demokratie sind Entscheidungsmacht und Betroffenheit voneinander abgekoppelt, so dass in den meisten politischen Entscheidungen diejenigen, die die Auswirkungen spüren, kaum eine Möglichkeit haben, unmittelbar Einfluss zu nehmen und die Entscheidung zu ihren Gunsten zu gestalten. Mit repräsentativen Beteiligungsformen in der Kinderpolitik wird diese ungünstige Politikstruktur reproduziert und fortgeschrieben. Das gleiche gilt für Anhörungen und Sprechstunden, bei denen die Kinder und Jugendlichen nichts mehr mit der Bearbeitung und Umsetzung ihrer Anliegen zu tun haben. Als Konsequenz ergibt sich hieraus, dass eine Politik mit Kindern sich nicht ausschließlich auf repräsentative Verfahren und Aktionen der Meinungsäußerung beschränken sollte.

Wenn auf dem Hintergrund dieser Überlegungen das Ziel ist, eine Nachhaltigkeit der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen zu erreichen, ergeben sich folgende Aspekte für eine politische Partizipation, die man analog zu der vorherigen Differenzierung unterscheiden kann in Anforderungen an politische Individuen und Anforderungen an die staatliche Gestaltung von Beteiligung:

- A: Anforderungen auf der individuellen Ebene:**
- Entwicklung der Haltungen, des Wissens

über und der strategischen Fähigkeiten für Beteiligungsmöglichkeiten: Auch wenn auf Seiten der staatlichen Institutionen bezogen auf die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern Manches im Argen liegt, so sollte man nicht verleugnen, dass es auch bei den politischen Individuen subjektiv zu verantwortende Defizite gibt. Egoistische Haltungen („nur mein Anliegen zählt“), das verbreitete St.-Floriansprinzip („Zünd's Haus des Nachbarn an“), Ignoranz und Arroganz in Unkenntnis realer politischer Bedingungen sind weit verbreitet und verhindern gelungene politische Prozesse. Darüber hinaus führen mangelnde strategische Fähigkeiten dazu, dass politisches Engagement oft auch bei bestem Willen und guten Absichten erfolglos bleibt. Auch wenn Ansätze zur politischen Bildung heute auf weiter Front fehlen und auch nicht am Horizont erkennbar sind, so sind sie doch für eine dauerhafte politische Belebung unumgänglich.

- **Dauerhafte Bereitschaft zu gemeinwesenorientiertem Engagement:** Zu dem vorher Gesagten gehört auch, dass sich eine positive Veränderung in Richtung mehr Demokratie nur einstellen kann, wenn mehr Menschen als bisher bereit sind, sich für das jeweilige Gemeinwesen zu engagieren – egal ob in der Schule, im Verein oder in kommunalen Institutionen.

- **Erlebte Vorbilder politischen Engagements für Kinder und Jugendliche in der Lebenswelt** sind als Voraussetzung zu einer politischen Motivierung von Kindern und unabdingbar notwendig. Wenn es richtig ist, dass das Vorbild von Menschen in der Familie und im sozialen Nahbereich eine der stärksten Prägungskräfte ist (und zwar unabhängig von ihren verbalen Bekundungen und Belehrungen), dann gilt dies auch für die politische Sozialisation. Dies betrifft nicht nur Eltern und Familienangehörige, sondern auch Lehrer/innen, Sozialarbeiter/innen und Erzieher/innen. Unter ihnen ist bei der Partizipation von Kindern und Jugendlichen die Gefahr besonders groß, politisches Engagement von Kindern einzufordern, ohne eine politische Existenz vorzuleben.

B: Auf der staatlich-institutionellen Seite

- Eine nachhaltige Verbesserung der politischen Partizipation von nennenswerten Gruppen der Bevölkerung wird nur durch eine **Verstärkung der partizipativen Ausrichtung des politischen Systems** zu erreichen sein. Das betrifft sowohl die Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene, obwohl hier aufgrund des gegenläufigen

Trends der Globalisierung und Internationalisierung wenig Hoffnung auf kurzfristige Besserung besteht, als auch den kommunalen Raum und insbesondere den der pädagogischen Institutionen. Verstärkte partizipative Strukturen sind hier in vielfacher Weise denkbar und möglich. Allerdings kann dieser Weg nur erfolgreich sein, wenn nicht nur die Seite der individuellen Beteiligungsrechte verbessert wird, sondern durch die entsprechenden Strukturen auch die Notwendigkeit zu einer verstärkten Übernahme von Verantwortung für Gemeinwesenbelange berücksichtigt wird.

■ **Dauerhafte Schaffung und Verbesserung von Beteiligungsrechten:** Dies betrifft ebenfalls vor allem den kommunalen Raum. Die entsprechenden kommunalen Satzungen und Beschlüsse bilden die Basis der verstärkten partizipativen Ausrichtung.

■ **Verbesserung der Mitarbeiter/innenkompetenzen und der Mitarbeiter/innenmotivation** (auch und gerade bei pädagogischen Fachkräften): Ein zentraler Faktor für den Erfolg von Kinder- und Jugendbeteiligung, aber auch der Bürgerbeteiligung ist die Qualifizierung der durchführenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ob politische Konflikte erfolgreich moderiert werden, ob Entscheidungsabläufe zur Zufriedenheit möglichst vieler laufen, ob Beteiligungsvoraussetzungen (aufgrund von Alter, Sozialschicht oder sprachlicher Einschränkungen) berücksichtigt werden, hängt auch von der Fähigkeit der jeweiligen Mitarbeiter ab, Partizipationsprozesse erfolgreich zu moderieren.

Ob diese Voraussetzungen irgendwann einmal erfüllt sein werden und ob wir dem Ideal einer demokratischen Gesellschaft einmal näher kommen, bleibt mehr als fraglich. Doch bilden sie Hürden, ohne deren Überwindung die Agenda 21 nicht umgesetzt werden wird.

Erfahrungen und Entwicklungen in Hamm – Nachhaltigkeit als dauerhafte Absicherung von Rahmenbedingungen und Strukturen

Im folgenden möchte ich theseartig auf einige Erfahrungen und Ergebnisse der Arbeit in Hamm eingehen:

Stadtteilarbeit als Rahmen

Partizipation macht insbesondere in benachteiligten Stadtteilen wenig Sinn, wenn sie als isolierte oder einmalige Strategie realisiert wird. Weder bringen die Bewohner/innen unmittel-

bare Bereitschaft und Fähigkeiten mit, noch bestehen aktuelle Umsetzungschancen für die geäußerten Interessen und Bedürfnisse. Zudem besteht die Gefahr, dass aufgrund der meist hohen Konfliktrichtigkeit die Ergebnisse der einen Gruppe (z.B. ein erneuerter Spielplatz) von einer konkurrierenden Gruppe wieder zerstört werden. Heute gilt es als Standard, dass in „Stadtgebieten mit besonderem Entwicklungsbedarf“ nur integrierte Strategien hilfreich sind, in denen Institutionen verschiedener Handlungsfelder, Ämter und Träger kooperativ zusammenarbeiten. Die Entwicklung stadtteilorientierter Arbeitsstrukturen bildet somit eine unverzichtbare Vorbedingung für eine erfolgreiche Partizipation von Kindern und Jugendlichen (vgl. Stadt Hamm 2002a und b, Bartscher 2001).

Beispiel für die langfristigen Wirkungen von Partizipationsprojekten, die durch die Stadtteilarbeit ermöglicht wurden, sind zum Beispiel die Auswirkungen der Streifzüge mit Kindern und Jugendlichen, die im Hammer Norden 1993 und 1994 bei der Erarbeitung des städtebaulichen Rahmenplans durchgeführt wurden. Der Rahmenplan griff eine Reihe von Themen aus den Streifzügen auf; ihre Umsetzung erfolgte aber dann vor allem durch die langfristige beharrliche Arbeit engagierter Akteure in einem Klima guter fachbereichsübergreifender Arbeit. So wurden Bebauungspläne, die im Siedlungsrandgebiet Hochhausbebauung vorsahen, geändert, um Brachflächen zu schützen, die einen hohen informellen Spielwert hatten. Eine Wohnungsbaugesellschaft griff – nach mehrfachen neuen Initiativen des Stadtteilbüros – das Thema „Wohnungsnahes Spielen“ auf und sanierte das Wohnumfeld umfassend unter dem Primat der Beispielbarkeit. Gefährdungspunkte im Verkehr wurden durch den Bau von Querungshilfen beseitigt, und seit 2001 wird an der Umgestaltung von drei innerstädtischen Plätzen mit dem Ziel der spielerischen Aufwertung gearbeitet.

Nachhaltigkeit der Rahmenbedingungen: Das Beispiel der Stadtteiljugendhilfe

Ein zentrales Problem von modellgeförderter Stadtteilarbeit ist die Tatsache, dass die Finanzierungen befristet sind. Ziel des Programms „Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf“ in NRW ist es, kommunale Verantwortung für die Übernahme der unter der Modellförderung entwickelten Arbeitsansätze herauszufordern. Dies ist oftmals schwierig, weil die finanziellen kommunalen Rahmenbedingungen dies selten zulassen.

Im Hammer Norden war seit Ende der neunziger Jahre klar, dass die Förderung durch Land

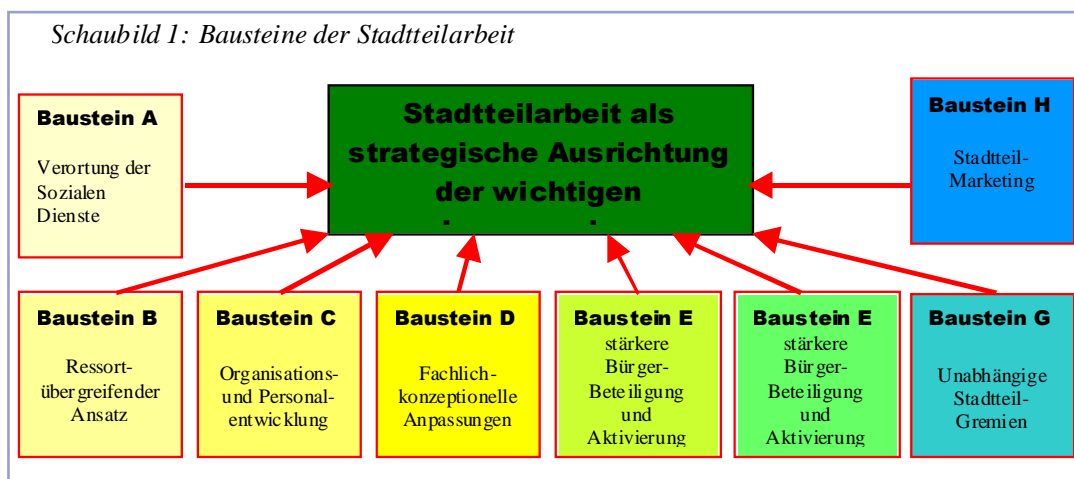
und Bund in absehbarer Zeit auslaufen würde. Die Signale der kommunalen Entscheidungsträger deuteten an, dass eine Weiterförderung im gleichen Umfang kaum realisierbar sein würde, dass aber die Arbeit getragen wurde und im Kern weitergeführt werden sollte. So begann ein spannender Arbeits- und Aushandlungsprozess der beteiligten Träger und der kommunal Verantwortlichen, in dem es gelang, zielorientiert und kooperativ Lösungen für eine Weiterführung der Projekte zu entwickeln. Während der Prozess für das Stadtteilbüro und die Spiel- und Lernhilfe eine Reduzierung der Leistungen und Angebote im Umfang bedeutete, ohne die Konzeption und Trägerschaft zu ändern, wurde im Bereich der Jugendarbeit, in dem zuvor vier verschiedene Träger mit einem hohen Koordinationsaufwand tätig waren, das Konzept und die Trägerstruktur völlig überarbeitet, um unter dem Ziel der Effektivität und der Erhaltung eines bewährten Kernangebotes eine Weiterarbeit zu gewährleisten.

Im Ergebnis wurde eine Fördersituation entwickelt, in der die Kommune im Umfang von

Die Nachhaltigkeit von Stadtteilarbeit: Strategische Erweiterung des Kommunalreformprozesses

Eine weitere Ebene von Nachhaltigkeit kennzeichnet die Frage, welche Spuren Modellförderungen wie die oben genannten sonst in einer Kommune hinterlassen. Bleiben die Ansätze der Stadtteilarbeit beschränkt auf Stadtteile, die die Modellförderung erhalten, oder transferieren Kommunen diese Erfahrungen auch innerhalb ihres Verantwortungsbereichs?

In Hamm werden zur Zeit Überlegungen angestellt, was aus den Erfahrungen der Stadtteilarbeit im Hammer Norden und Westen für die gesamte Kommunalentwicklung gelernt werden kann. Es werden strategische Überlegungen angestellt, die in ihrer Gesamtausrichtung als eine Erweiterung des Kommunalreformprozesses um die Berücksichtigung des sozialen Raums betrachtet werden können. Wenn man die verschiedenen Ebenen von Stadtteilarbeit betrachtet, so gibt es acht Bausteine, die auf die Arbeit in anderen Stadtteilen transferiert werden können (vgl. Schaubild 1).



ca. 65% des bisherigen Umfangs die sozialen Projekte auf Dauer finanziert (Stadt Hamm 2002c). Mit den Trägern wurde ein Erprobungszeitraum von drei Jahren für die neuen Strukturen vereinbart mit der Option, dass die Verträge anschließend auf Dauer abgeschlossen werden. Hierbei ist davon auszugehen, dass die realen Einschränkungen nicht bei 35% liegen, sondern erheblich geringer ausfallen. Auf der einen Seite wird durch stabile Förderbedingungen eine größere Stabilität für die Mitarbeiter/innen geschaffen (die Personalfluktuations war zuvor aufgrund der kurzen Stellenbefristungen erheblich), auf der anderen Seite ist für die Zeit vorher ein Experimentier- und Konzeptionsentwicklungsaufwand einzurechnen, der mit der Festschreibung der Konzeption aufgrund der gemachten Erfahrungen so nicht mehr anfällt.

Die Umsetzung dieses Transfers kann auf verschiedenen Ebenen geschehen: durch eine Weiterentwicklung der kommunalen Organisationsstrukturen, durch einen intensiven Personalentwicklungsprozess und durch die fachlich-konzeptionelle Anpassung der maßgeblichen Fachstandards (vgl. hierzu ausführlicher Bartscher 2001).

Annäherung aus der Arbeit in Hamm – Ansatzpunkte für eine Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda 21

Deutlich wird in dieser Tagung, dass die zuvor aufgeführten Aspekte der Nachhaltigkeit nicht den strengen Kriterien der Agenda 21 entsprechen, da es bisher eher um Nachhaltigkeit im Sinne von Langlebigkeit oder Dauerhaftigkeit ging. Zentrale Kriterien für Nachhaltigkeit im Sinne der Agenda 21 sind, wenn ich es recht verstanden habe, die Verknüpfung sozialer, wirtschaftlicher und ökologischer Aspekte mit

der globalen Perspektive, wie sie sich in der Devise „Global denken – lokal handeln“ ausdrückt.

Auch in Hamm gab es vielfache Aktivitäten zur Agenda 21, entsprechende Foren und Arbeitskreise und eine Vielzahl konkreter Aktivitäten. Ich habe selbst den Arbeitskreis „Kinder und Jugendliche“ geleitet, der in den Jahren 1998-2000 eine Reihe von Aktivitäten zur Implementierung der Ideen der Agenda in Schulen, Tageseinrichtung und Jugendarbeit zum Ziel hatte, zum Teil mit dauerhaftem Erfolg. Allerdings gingen die meisten Aktiven nach dieser Phase zu den nächsten Themen der aktuellen gesellschaftlichen Tagesordnung über.

Spannender ist aber in diesem Kontext die Frage, wie es sich in der Arbeit in den benachteiligten Stadtgebieten verhält. Nach meiner Erfahrung war der Agenda-Prozess fast ausschließlich mittelschichtorientiert und von Menschen getragen, die der „bildungsgewohnten“ Bevölkerungsschicht zuzuordnen sind. Doch gerade in den benachteiligten Stadtgebieten, deren glückliche in den letzten Jahren im Rahmen des Bund-Länder-Programms gefördert und unterstützt werden, spiegeln sich globale Veränderungen und Bezüge für die Bewohner und Bewohnerinnen hautnah wieder. Globale Flucht- und Wanderbewegungen – egal ob aus wirtschaftlichen Motiven oder als Flucht vor Krieg und Verfolgung - haben in den sozialen Brennpunkten unserer Kommunen ihren Endpunkt gefunden, und es existieren vielfach reale familiäre Beziehungen zu den Elends- und Kriegsgebieten auf allen Kontinenten. Eigentlich müsste diesen Menschen der Gedanke einer sozial gerechten und friedlichen Welt am nächsten liegen, doch in der Realität ist das Verhältnis der Agenda-Akteure zu diesen Zielgruppen ähnlich wie das der Studentenbewegung und Linken der 60er und 70er Jahre zur Arbeiterklasse.

So bin ich im Vorfeld und der Nachbereitung dieser Tagung der Frage nachgegangen, welche Spuren sich in der Arbeit in den benachteiligten Stadtteilen finden lassen, die zwar nicht explizit unter der Überschrift „Agenda 21“ stehen, aber doch in die richtige Richtung weisen. An einigen Stellen bin ich fündig geworden.

Der Schweigemarsch nach dem 11.9.2001

Beeindruckend war ein statt des am 15.9.2001 geplanten Stadtteilstes spontan organisierter Schweigemarsch zum Gedenken an die Opfer des Attentats am 11.9.2001 in New York. Die weltweiten Reaktionen spiegelten sich auch im Hammer Norden wider: auf der einen Seite bei der deutschen und nicht-moslemischen Bevölkerung Misstrauen und die Frage, wie eine Re-

ligion eine solche Tat rechtfertigen kann, und auf Seiten der Moslems Angst vor Repression und Rückzug, aber auch bei einigen Gruppen (z.B. auch den Jugendlichen, mit denen wir in unseren Projekten arbeiteten) Triumph und Identifikation mit den Tätern. So drohte der Konflikt in Nordamerika auch im Hammer Norden zu eskalieren.

In dieser Situation bewährten sich die effektiven Arbeitsstrukturen. Allen Beteiligten war klar, dass etwas geschehen und ein Zeichen gesetzt werden musste. Die Idee zu einem Schweigemarsch statt des geplanten Stadtteilstes lag nah, und es war auch schnell allen selbstverständlich, dass die moslemischen Glaubensgemeinschaften einbezogen werden sollten. Die Kontakte mussten in dieser Situation erst geknüpft werden, konnten aber sehr schnell gefunden werden, weil bei den moslemischen Moscheevereinen ein hohes Interesse daran bestand, sich dem Schweigemarsch und Protest gegen sinnlose Gewalt anzuschließen.

Der Schweigemarsch und das vorausgehende Friedensgebet wurden zu einem intensiven Erlebnis. Nacheinander gesprochene Gebete von den evangelischen und katholischen Pfarrern und dem türkischen Hodscha unter Anwesenheit von 400 Menschen aus dem gesamten Hammer Norden im gleichen Geist machten eine Solidarität spürbar, die sich auf alle Anwesenden übertrug. In diesem Moment spielten Nationalität und Herkunft keine Rolle mehr.

Integration und Solidarität in der „Schotti“

Jugendliche haben in der Jugendarbeit im Hammer Norden in den letzten Jahren zunehmend die Möglichkeit erhalten, Arbeitsweisen, Programme und Aktivitäten mitzugestalten. Durch eine aktivierende Befragung, durch ein Jugendforum und Folgeprojekte wurden sie in den Prozess der Neukonzeption eingebunden; ein großes Gewicht lag allerdings auf dem Angebot, bei der Gestaltung und dem Betrieb des offenen Angebotes mitzutun und Verantwortung zu übernehmen. Dafür bestand die Möglichkeit, die Räume teilweise ohne hauptamtliche Betreuung und damit zu Zeiten, die sonst nicht möglich sind, zu nutzen (vgl. Stadt Hamm 2002b).

Man mag einwenden, dass eine Partizipation der Jugendlichen im Aushandlungsprozess mit den hauptamtlichen Mitarbeiter/innen, bei denen sie sogar aufgefordert werden, unbequeme Dinge zu tun, weil die Mitarbeiter/innen diese zunehmend verweigerten, nicht den Partizipationskriterien der Agenda entspricht, weil sie zu stark von den Erwachsenen vorgeformt sei. Doch liegt der Kern dieser Entwicklung

darin, dass das Ziel besteht, traditionelle sozialstaatliche Versorgungsmuster aufzubrechen, die sich in den Arbeitsstrukturen offener Jugendarbeit mit einer immer stärker differenzierten Angebotsmentalität widerspiegeln, die Jugendliche tendenziell zu Konsumenten und nicht zu Akteuren des Geschehens machen.

Die realen Erfahrungen zeigen denn auch, dass die Jugendlichen die Einladung, mehr Verantwortung zu übernehmen, impulsiv und mit hoher Motivation annehmen. Die Schwierigkeiten bestanden eher zwischen den sozialpädagogischen Mitarbeiter/innen verschiedener Projekte, die von den Jugendlichen gegeneinander ausgespielt wurden und sich auf dieses Spiel auch einließen. Trotzdem wurden Partizipationsstrukturen entwickelt, aber auch individuelle Haltungen in Richtung Gemeinwesenverantwortung angeregt. Diese stellen die Basis für weitergehende Partizipationsaktivitäten dar, die noch mehr dem Sinn der Agenda 21 entsprechen.

Ansatzpunkte für die Zukunft

Zu fragen bleibt, ob in der Stadtteilarbeit weitere Ansatzpunkte für Nachhaltigkeit bestehen, die vielleicht in Zukunft genutzt und entwickelt werden können. Grundsätzlich bleibt zunächst die Skepsis, ob Menschen, die sehr stark darauf ausgerichtet sind, die alltäglichen und materiellen Bedürfnisse zu realisieren, die als allgemein erstrebenswert gelten und deretwegen viele Menschen hierher gekommen sind, bereit sind, sich auf eine globale Perspektive des Denkens einzulassen. Auf der anderen Seite fügt sich die Idee einer weltweit gerechten und solidarischen Weltordnung nahtlos in die Grundideen einer aktivierenden und sozialen Stadtteilentwicklung ein. Mit den Partizipationsprojekten wurden Voraussetzungen dafür geschaffen, dass Jugendliche Verantwortung für Gegenwart und Zukunft übernehmen können. So gibt es Ansatzpunkte, die weiter zu verfolgen wären:

- Die Beschäftigung mit der Lebenssituation in den Herkunftsländern der Menschen, die bei uns leben, ergäben erste Anhaltspunkte. Wie ist die Situation dort? Wie wird dort gearbeitet? Welche wirtschaftliche Situation trieb die Menschen dort weg? Derartige Veranstaltungen und Projekte könnten gleichzeitig auch zur Verbesserung der Beziehungen hier beitragen.
- Das Themenspektrum der Partizipationsprojekte kann erweitert und im Sinne der Agenda differenziert werden. Welches sind die Belange ihrer Zukunft? Wie sind sie in einem globalen Interessengefüge zu bewerten?

- Das Thema „Arbeit“ ist für die Stadtteilarbeit zentral. Neben den aktuellen Arbeitsmarktprojekten könnten Projekte stehen, die sich mehr mit den globalen Zusammenhängen und den lokalen Handlungsmöglichkeiten beschäftigen. Die Idee eines Tauschrings (der Tausch von Dienst- und Sachleistungen auf der Basis einer Verrechnungseinheit, wobei die Tauschwerte in einem gemeinsamen Diskussionsprozess definiert werden) und alternativer Arbeitsformen steht immer wieder mal im Raum, lässt sich aber unter dem aktuellen Handlungsdruck bisher nicht realisieren.

Insgesamt sehe ich die Chance, in der Stadtteilarbeit dem Thema „Nachhaltigkeit“ näher zu kommen, nur dann, wenn das zentrale Motto umgekehrt wird: „Lokal handeln – global denken (lernen).“

Literatur

Bartscher, Matthias (1998): Partizipation von Kindern in der Kommunalpolitik, Freiburg

Bartscher, M. (2000): Chancen und Grenzen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – Ermutigung zur Partizipation in der Stadtteilarbeit; in: Regiestelle E&C der Stiftung SPI (Hg.)(2000): Chancen und Möglichkeiten der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen des Quartiersmanagements. Dokumentation der Veranstaltung vom 5.-6.12.2000 in Berlin, Berlin (download unter: http://www.eundc.de/seiten/info/pub_doku.html)

Bartscher, M. (2000): Politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen – Ermutigung zur Partizipation durch Stadtteilarbeit; in: Kern, U. M./Waldmann, K. (Hg.): fit for politics – Projekte lebensweltorientierter politischer Jugendbildung, Bonn

Bartscher, Matthias (2001): Sozialraumorientierung als Konzept der solidarischen Stadt –

Beiträge der Jugendhilfe zur Stadtteilarbeit; in: Verein für Kommunalwissenschaften - Arbeitsgruppe Fachtagungen Jugendhilfe(Hg.): Auf dem Weg zur solidarischen Stadt - Kooperation von Stadtentwicklung und Jugendhilfe, Berlin

Bartscher, Matthias; Kriener, Martina (2001): Rechte von Kindern und Jugendlichen als Herausforderung an die Jugendhilfe; in: Schröer/Struck/Wolff (Hg.): Handbuch Kinder- und Jugendhilfe, Weinheim

DJI – Deutsches Jugendinstitut (1999): Beteiligung von Kindern in der Kommune – Ergebnisse einer bundesweiten Befragung

MAGS – Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.) (1995a): Mehr Demokratie durch Kinderbeteiligung. Chancen und Probleme der Partizipation von Kindern, Düsseldorf

Meyer, Thomas (1994): Die Transformation des Politischen, Frankfurt

Stadt Hamm (2000): Lebenslagen benachteiligter Menschen in Hamm – Kommunalen Armutsbericht, Hamm

Stadt Hamm (2002a): Das sozial- und bewohner(innen)orientierte Stadtteilentwicklungsprojekt 1992-2002 - Kurzdarstellung, Hamm

Stadt Hamm (2002b): Konzeption für die Stadtteiljugendhilfe im Hammer Norden, Hamm

Stadt Hamm (2002c): Weiterführung der gemeinwesenorientierten Projekte ab 2003 (Beschlussvorlage 2622/02), Hamm